

AMTSBLATT

FÜR DIE STADT FRANKFURT (ODER)

Jahrgang 18, Nr. 6, Frankfurt (Oder), 10. Oktober 2007

INHALTSVERZEICHNIS:

Amtlicher Teil

1. Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt (Oder) für das Haushaltsjahr 2007 **S. 82**
2. Bekanntmachung des Kreiswahlleiters über eine personelle Veränderung in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) **S. 84**
3. Bekanntmachung über Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) aus ihrer außerordentlichen Sitzung am 05.09.2007 und ihrer 32. Sitzung am 20.09.2007 **S. 84**
4. Bekanntmachung Integriertes teilräumliches Konzept (ITK) für das Gebiet Halbe Stadt im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum **S. 85**
5. Bekanntmachung Integriertes teilräumliches Konzept (ITK) für das Gebiet Berliner Straße/Klingetal im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum **S. 85**
6. Bekanntmachung Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes BP-04-006 „Wohnungsbaustandort Römerhügel“ **S. 86**
7. Bekanntmachung Planfeststellungsbeschluss des Landesumweltamtes Brandenburg vom 23.08.2007 (Reg. Nr.: 1.3 – PFB – HWS – 2/2007) **S. 86**
8. Öffentliche Bekanntmachung Bodenordnungsverfahren Reitwein/Rathstock/Podelzig **S. 88**
9. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages des Landesumweltamtes Brandenburg auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für gewässerkundliche Messanlagen in der Stadt Frankfurt (Oder) **S. 89**
10. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 122 und 123 **S. 90**
11. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Niederschlagswasser- und Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 11 **S. 90**
12. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 135 und 136 **S. 90**
13. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 137 **S. 91**
14. 8. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung in der 4. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree

Bekanntmachung der regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree vom 10.10.2007 **S. 91**

15. Öffentliches Auslegungsverfahren zum geplanten Schutzwald „Wacholderhänge Lossow“
Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz vom 14. September 2007 **S. 92**

16. Öffentliche Bekanntmachung über Gewerbeabmeldungen von Amts wegen gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 Gewerbeordnung **S. 92**

17. Bekanntmachung gemäß § 8 der Satzung der Sparkasse Oder-Spree **S. 92**

Ende des amtlichen Teiles

IMPRESSUM

Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder)

Herausgeber:

Stadt Frankfurt (Oder)

Der Oberbürgermeister

15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1

Redaktion:

Amt für Stadtverordnetenangelegenheiten

Karola Kargert, Tel.: (03 35) 5 52 16 01, Fax.: (03 35) 5 52 16 99

Das Amtsblatt erscheint mindestens alle 2 Monate.

Es ist in den Objekten der Stadtverwaltung

Stadthaus, Goepelstr. 38

Amt für öffentliche Ordnung, Bischofstr. 6

Rathaus, Marktplatz 1

sowie

- im Servicepunkt der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH, Heinrich-Hildebrand-Str. 20 b
- im Kundenzentrum der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH, Karl-Marx-Str. 195 (Lennèpassage)
- in der Kfz-Zulassungsbehörde, Komarow-Eck 22/23
- im Internet unter www.frankfurt-oder.de

kostenlos erhältlich und über Abonnement beim Vertreiber zu beziehen.

Porto und Versandkosten für Abonnenten 3,50 Euro pro Ausgabe

Gesamtherstellung und Vertrieb:

Druckerei Nauendorf

Gewerbegebiet „Oderberger Straße“

Nordring 16

16278 Angermünde

AMTLICHER TEIL

HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Frankfurt (Oder) für das Haushaltsjahr 2007

Nach §§ 76 ff. Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. I/ 01 S. 154) geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Dezember 2001 (GVBl. I/ 01 S.298) geändert durch Art. 4 des Gesetzes zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben vom 4. Juni 2003 (GVBl. I/ 03 S. 172), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Zusammenführung von überörtlicher Prüfung und allgemeiner Kommunalaufsicht sowie zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes und anderer Gesetze vom 22. Juni 2005 (GVBl. I/ 05 S. 210) hat die Stadtverordnetenversammlung durch ihren Beschluss vom 29.03.2007 und durch ihren Beitrittsbeschluss vom 20.09.2007 folgende Haushaltssatzung beschlossen.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird

1. im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen auf	157.540.300 €
in den Ausgaben auf	258.387.900 €
und	
2. im Vermögenshaushalt in den Einnahmen	52.271.900 €
in den Ausgaben	52.271.900 €

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite von	12.061.600 € auf 5.359.800 €
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	9.666.400 €
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	106.700.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuer werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	350 v. H.
(Grundsteuer A)	
b) für die Grundstücke	406 v. H.
(Grundsteuer B)	
2. Gewerbesteuer	380 v. H.

§ 4

Ergeben sich erhebliche Änderungen der Einnahmen und Ausgaben ist eine Nachtragssatzung spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen (§ 79 Absatz 1 und 2 GO Bbg.).

Ein Fehlbetrag im Sinne des § 79 Absatz 2 Nr. 1 GO ist erheblich, wenn er **1% der Gesamtausgaben** (bereinigt um die Deckung von Soll – Fehlbeträgen aus Vorjahren) **des jeweiligen Teilhaushaltes** übersteigt.

Der Betrag im Sinne des § 79 Absatz 2 Nr. 2 GO ist erheblich, wenn er **0,5% der Gesamtausgaben** (bereinigt um die Deckung von Soll – Fehlbeträgen aus Vorjahren) **des jeweiligen Teilhaushaltes** übersteigt.

Der § 79 Absatz 2 Nr. 2 und 3 findet keine Anwendung auf Baumaßnahmen oder Investitionsförderungsmaßnahmen, soweit der Betrag der Geringfügigkeit in Höhe von

300.000 €

nicht überschritten wird.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben werden zur Gewährleistung der Übersichtlichkeit in den Nachtragshaushalt aufgenommen (§ 30 Gemeindehaushaltsverordnung i.V.m. VV zu § 30).

Die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Eine Unterschreitung von Ausgabeansätzen bzw. deren Nichtinanspruchnahme stellt keine haushaltswirtschaftliche Ermächtigung zur Verwendung als Deckung zusätzlicher/ neuer Aufgaben dar.

§ 5

Die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, bedarf in jedem Fall der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Eine Unterschreitung von Ausgabeansätzen bzw. deren Nichtinanspruchnahme stellt keine haushaltswirtschaftliche Ermächtigung zur Verwendung als Deckung zusätzlicher/ neuer Aufgaben dar.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben (Haushaltsüberschreitungen) sind grundsätzlich nicht statthaft. Sie sind nach § 81 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg nur zulässig, wenn sie auch bei Anlegen eines strengen Maßstabes unabweisbar und unvorhersehbar sind und die Deckung gewährleistet ist.

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung § 80 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg sind über- und außerplanmäßige Ausgaben unzulässig. Für notwendige Mehrausgaben im Rahmen des § 80 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg gelten die hier getroffenen Festsetzung gleichermaßen.

Folgende Entscheidungsbefugnisse werden festgesetzt:

I. Verwaltungshaushalt

Erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben werden gemäß § 81 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg bei Beträgen von mehr als 50.000 € festgesetzt. Die Festlegungen der Satzung aufgrund des § 79 Absatz 2 GO bleiben unberührt.

a) Veränderungen bei Ausgabehaushaltsstellen außerhalb des Deckungsringes, aber Deckung innerhalb des Amts- bzw. Dezernatsbudgets möglich

- Entscheidung des Budgetverantwortlichen
- Ab einer Obergrenze von 50.000 € bzw. bei Auswirkungen auf die Produkte/Leistungen oder auf Personalentscheidungen ist ein Beschluss der SVV mit vorheriger Beteiligung des Ausschusses herbeizuführen.
- Berichterstattung über zentrales Controlling an Kämmerer und Dezernentenberatung

b) Veränderungen bei Ausgabehaushaltsstellen mit Überschreitung des Dezernatsbudgets, aber Deckung durch andere Dezernatsbudgets möglich

- Entscheidung des Kämmerers und des OB nach Beratung mit den Beigeordneten

- Genehmigung der Entscheidung durch Beschluss der SVV mit vorheriger Beteiligung des Finanz- und Haushaltsausschusses notwendig
- Berichterstattung über zentrales Controlling an Kämmerer und Dezernentenberatung

c) Veränderungen bei Ausgabehaushaltsstellen mit Überschreitung des Dezernatsbudgets, aber Deckung durch zentrale Deckungsreserve (Gesamthaushalt) möglich

- Entscheidung des Kämmerers und des OB nach Beratung mit den Beigeordneten
- Genehmigung der Entscheidung durch Beschluss der SVV unter vorheriger Beteiligung des Finanz- und Haushaltsausschusses notwendig
- Berichterstattung über zentrales Controlling an Kämmerer und Dezernentenberatung

d) Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die aufgrund statistischer Veränderungen erforderlich sind und den Gesamthaushalt nicht belasten, werden unabhängig ihrer Betragsgröße vom Kämmerer entschieden.

e) Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die im Bereich der sog. Inneren Verrechnungen und der kalkulatorischen Kosten erforderlich sind und den Gesamthaushalt nicht belasten, werden vom Kämmerer entschieden.

II. Vermögenshaushalt

Erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben werden gemäß § 81 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg bei Beträgen von mehr als 50.000 € festgesetzt. Die Festlegungen der Satzung aufgrund des § 79 Absatz 2 und 3 GO bleiben unberührt.

1. Erhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.
2. Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben entscheidet:
 - bis zu **25.000 €** der Kämmerer,
 - bis zu **50.000 €** der Oberbürgermeister.
3. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die in Einnahmen und Ausgaben unabhängig von ihrer Betragsgröße gleich sind, werden durch den Kämmerer entschieden.
4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die aufgrund statistischer Veränderungen erforderlich sind und den Gesamthaushalt nicht belasten, werden unabhängig von ihrer Betragsgröße vom Kämmerer entschieden.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes sind der Stadtverordnetenversammlung jeweils nach Quartalsende zur Kenntnis zu geben.

III. Verpflichtungsermächtigungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen werden gemäß § 84 Absatz 5 i.v.m. § 81 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg bei Beträgen von mehr als **300.000 €** festgesetzt. Die Festlegungen der Satzung aufgrund des § 79 Absatz 2 und 3 GO bleiben unberührt.

3. Erhebliche über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.
4. Bei unerheblichen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen entscheidet:
 - bis zu **300.000 €** der Oberbürgermeister.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen des Vermögenshaushaltes sind der Stadtverordnetenversammlung jeweils nach Quartalsende zur Kenntnis zu geben.

§ 6

Die Beantragung von Fördermitteln (zweckgebundene Zuwendungen/ Zuweisungen) ist grundsätzlich im Interesse der Entlastung des Haushaltes, nicht jedoch zur Übernahme zusätzlicher/ neuer Leistungen vorzunehmen.

Vor ihrer Beantragung ist die Bestätigung hinsichtlich der Finanzierung eines eventuell erforderlichen Eigenmittelanteils einzuholen. Bei fehlendem Eigenmittelanteil entfällt die Maßnahme.

Soweit Ausgaben des Vermögenshaushaltes auch nur teilweise durch zweckgebundene Zuweisungen des Bundes, des Landes oder sonstiger Dritter bei den Einnahmen gedeckt sind, dürfen solange der Stadt der Zuwendungsbescheid nicht zugegangen ist, nur in Höhe der Eigenmittel Verpflichtungen eingegangen und Ausgaben getätigt werden. Ausgenommen hiervon ist, wenn die frühzeitige Durchführung der Maßnahme der Förderung entgegensteht.

§ 7

Im Verwaltungshaushalt können Ausgabeermächtigungen für übertragbar erklärt werden, wenn die Übertragbarkeit eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert. Diese Ausgaben bleiben bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar.

Die Übertragbarkeit von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes tritt mit Ausnahme der Ausgaben, die aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden, nur aufgrund eines Übertragungsvermerkes im Haushaltsplan ein und ist auf unvermeidbare Fälle zu beschränken.

Die Ausgabeermächtigungen im Vermögenshaushalt bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Die Übertragung ist nur zulässig, wenn

- der Zweck der Ausgabe fort dauert,
- ein sachliches Bedürfnis besteht,
- die Ausgabe bei wirtschaftlicher und sparsamer Verwaltung notwendig ist und
- der Haushaltsausgleich durch die Übertragung nicht gefährdet wird.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine Ausgabeermächtigungen und deshalb nicht übertragbar.

Die Ausgabeermächtigungen dürfen nur mit Zustimmung des Kämmerers in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

§ 8

Als einheitlicher kalkulatorischer Zinssatz werden 4,90% für das Haushaltsjahr 2006 festgesetzt.

§ 9

Der Stellenplan der Stadt Frankfurt (Oder) ist der quantitative und qualitative Rahmen für die Einrichtung und Besetzung von Stellen. Als Ermächtigung für die Verwaltung hat der Stellenplan grundsätzlich nur verwaltungsinterne Rechtswirkung. Der Stellenplan der Stadt Frankfurt (Oder) stellt eine finanzwirtschaftliche Ermächtigung zur Besetzung freier oder frei werdender Stellen dar.

Alle freien und frei werdenden Stellen werden vom Zeitpunkt der Nichtbesetzung an für die externe Besetzung gesperrt. Ausnahmen

lässt im Einzelfall der Oberbürgermeister nach Durchlaufen eines verwaltungsinternen Prüfverfahrens zu.

Vor der internen Besetzung freier oder frei werdender Stellen ist durch den Budgetverantwortlichen zu prüfen, ob die Stellen eingespart, zeitweilig gesperrt oder durch Fremdvergabe ersetzt werden können. Der Fremdvergabe ist stets eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung voranzustellen. Die Entscheidung für eine Fremdvergabe ist nur möglich, wenn aus dieser Untersuchung ein Konsolidierungseffekt hervorgeht.

Stellenneueinrichtungen bzw. Stelleninhaltsveränderungen/ Stellenumwandlungen mit dem Ergebnis einer höherwertigen Eingruppierung im Laufe des Haushaltsjahres sind nur möglich, wenn der finanzielle Ausgleich im Rahmen des Budgets sichergestellt ist.

Stellenneueinrichtungen im Rahmen von ABM (bei Personalkostenbeteiligung der Stadt) sind nur im Rahmen der vorhandenen Budgetmittel möglich.

Stellen, die nicht mehr benötigt werden, sind unter Angabe eines bestimmten Zeitpunktes als künftig wegfallend (KW) ausgewiesen. Stellen, die zu einem späteren Zeitpunkt anders bewertet werden sollen, sind als künftig umzuwandelnd (KU) bezeichnet. Nach Wirksamwerden des Vermerkes dürfen diese nicht mehr oder nicht mehr entsprechend ihrer früheren Ausweisung besetzt werden.

Abweichungen vom Stellenplan sind grundsätzlich nur im Rahmen der Budgetmittel zulässig.

Das gilt nicht für Änderungen aufgrund tarifrechtlicher Ansprüche (z. B. korrigierende Stellenbewertungen, Tätigkeits- und Bewährungsaufstiege).

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde am 14. August 2007 (Gesch.Z.: III/2-353-31/53) mit der Maßgabe erteilt, dass der Gesamtbetrag der Kredite statt 12.061.600 € auf 5.359.800 € festgesetzt wird.

Frankfurt (Oder), 29.03.2007/ 20.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

II. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die Haushaltssatzung 2007 mit ihren Angaben liegt im Zeitraum vom

10. Oktober 2007 – 24. Oktober 2007

im Amt für Öffentliche Ordnung – Abt. Meldeangelegenheiten, Bischofstraße 6, Zimmer 103, während der Dienststunden, öffentlich aus.

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde am 14. August 2007 vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Geschäftszeichen III/2-353-31/53, erteilt.

Frankfurt (Oder), 28.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

über eine personelle Veränderung in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder)

Der Kreiswahlleiter der Stadt Frankfurt (Oder) für die Kommunalwahl am 26.10.2003 gibt hiermit folgende personelle Veränderung in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) öffentlich bekannt:

Durch den Tod von Herrn Dr. Friedhart Federlein geht das Mandat entsprechend § 60 Kommunalwahlgesetz des Landes Brandenburg, an Frau Angela Tenbusch über.

Frankfurt (Oder), 01.10.2007

Tarlach
Kreiswahlleiter

Bekanntmachung

über Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) aus ihrer außerordentlichen Sitzung am 05.09.2007 und ihrer 32. Sitzung am 20.09.2007

Die Stadtverordnetenversammlung hat folgende Beschlüsse gefasst:

außerordentliche Sitzung am 05.09.2007:

Selbstbindungsbeschluss zur unveränderten Umsetzung der beschlossenen Schulentwicklungsplanung

Forderung der Stadtverordnetenversammlung an den Bildungsminister des Landes Brandenburg zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Leiterin des Staatlichen Schulamtes Frankfurt (Oder)

32. Sitzung am 20.09.2007:

Besetzung von Sitzen in Ausschüssen durch die Fraktion der CDU
Gemäß § 35 Abs. 2 Ziff. 3 und § 50 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg beruft die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der Fraktion der CDU

- als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Hauptausschuss:
Frau Bettina Albani
- als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss:
Frau Angela Tenbusch
Das stellvertretende Mitglied Herr Heinz Adler steht als ordentliches Mitglied nicht zur Verfügung.
- als stimmberechtigtes Mitglied in den Gleichstellungs-, Gesundheits- und Sozialausschuss: **Frau Angela Tenbusch**

Gemäß Beschluss-Nr. 03/1/44 der 1. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24.11.2003 stellt die Fraktion der CDU als Vorsitzenden im Gleichstellungs-, Gesundheits- und Sozialausschuss **Herrn Heinz Adler** und als stellvertretenden Vorsitzenden im Ordnungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss **Herrn Winfried Jahn**.

Gemäß § 35 Abs. 2, § 104 Abs. 1, 2 sowie § 50 Abs. 2, 3, 5, 6 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 10 Pkt. 1 des Gesellschaftsvertrages der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH beruft die Stadtverordnetenversammlung für Herrn Dr. Friedhart Federlein **Frau Angela Tenbusch** in den Aufsichtsrat der Wohnungswirtschaft Frankfurt (Oder) GmbH.

Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Finanz- und Haushaltsausschuss

Gemäß § 50 der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg beruft die Fraktion der SPD für Herrn Frank Mörücke **Herrn Andre Schulz** als sachkundigen Einwohner in den Finanz- und Haushaltsausschuss.

Einrichtung einer 11. Jahrgangsstufe zum Schuljahr 2007/2008 an der Ulrich von Hutten Gesamtschule Frankfurt (Oder) Bauftragung des Rechnungsprüfungsausschusses zur Überprüfung der Mittelverwendung aus dem T-City-Projekt

Bauftragung des Oberbürgermeisters zur Vorlage des mit dem Haushalt der Stadt verbundenen Personalentwicklungskonzeptes zur Beratung und Beschlussfassung

Haushaltssatzung der Stadt Frankfurt (Oder) für das Haushaltsjahr 2007 hier: Beitrittsbeschluss

LOKALER AKTIONSPLAN der Stadt Frankfurt (Oder) für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Austritt der Stadt Frankfurt (Oder) aus dem „Verein zur Förderung der Oderstromgebietes e.V.“

Aufhebung des Beschlusses Nr.: 99/12/293 vom 16.12.1999 zur „Jährlichen Berichterstattung zur Entwicklung der Erlöse und Kosten in der Abfallwirtschaft“

Ausgleich der Gewerbesteuernachzahlung der Stadtwerke Frankfurt (Oder) GmbH durch die Stadt Frankfurt (Oder)

Die Stadtverordnetenversammlung nahm zur Kenntnis:

- Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) für die Stadt Frankfurt (Oder)
- Mehrausgaben im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 80 Gemeindeordnung Brandenburg im II. Quartal 2007

Frankfurt (Oder), 25.09.2007

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

Integriertes teilräumliches Konzept (ITK) für das Gebiet Halbe Stadt im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) - Zentrum

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 20.09.2007 die abschließende Fassung des Integrierten teilräumlichen Konzepts (ITK) für das Gebiet Halbe Stadt im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) - Zentrum einschließlich Erläuterungsbericht beschlossen.

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, das eingeleitete Verfahren zur Aufstellung einer Satzung zur Sicherung und sozialverträglichen Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen nach § 171 d Abs. 1 Baugesetzbuch (Stadtumbausatzung Halbe Stadt) weiterzuführen und der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf der Satzung zum Beschluss vorzulegen.

Dieser Beschluss wird hiermit ortsüblich bekannt gemacht. Er kann im vollen Wortlaut während der allgemeinen Sprechzeiten im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1.OG) eingesehen werden.

Das integrierte teilräumliche Konzept für das Gebiet Halbe Stadt im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum stellt die Leitlinie der Stadt für die Ausrichtung des Stadtumbauprozesses bis zum Jahr 2020 im Gebiet, das zum festgelegten Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum gehört, dar. Es gibt damit, aufgrund entsprechender Untersuchungen, aus dem Stadtumbaukonzept (2. Fortschreibung – STUK III) abgeleitete Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gebietsentwicklung. Das Konzept ist weiterhin im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen künftig besonders zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch).

Jedermann hat auf Dauer die Möglichkeit, das integrierte teilräumliche Konzept und den Erläuterungsbericht im Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder) Haus 1, 1.OG, Zimmer 1.421 während der Bürgersprechstunden einzusehen und über den Inhalt Auskunft zu verlangen.

Frankfurt (Oder), den 04.10.2007

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

Integriertes teilräumliches Konzept (ITK) für das Gebiet Berliner Straße / Klingetal im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) - Zentrum

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 20.09.2007 die abschließende Fassung des Integrierten teilräumlichen Konzepts (ITK) für das Gebiet Berliner Straße / Klingetal im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) - Zentrum einschließlich Erläuterungsbericht beschlossen.

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, das eingeleitete Verfahren zur Aufstellung einer Satzung zur Sicherung und sozialverträglichen Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen nach § 171 d Abs. 1 Baugesetzbuch (Stadtumbausatzung Berliner Straße / Klingetal) weiterzuführen und der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf der Satzung zum Beschluss vorzulegen.

Dieser Beschluss wird hiermit ortsüblich bekannt gemacht. Er kann im vollen Wortlaut während der allgemeinen Sprechzeiten im Bauamt, Zimmer 1.421 (Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Dezernat Wirtschaft, Stadtentwicklung, Bauen und Umweltschutz, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder), Haus 1, 1. OG) eingesehen werden.

Das integrierte teilräumliche Konzept für das Gebiet Berliner Straße / Klingetal im Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum stellt die Leitlinie der Stadt für die Ausrichtung des Stadtumbauprozesses bis zum Jahr 2020 im Gebiet, das zum festgelegten Stadtumbaugebiet Frankfurt (Oder) – Zentrum gehört, dar. Es gibt damit, aufgrund entsprechender Untersuchungen, aus dem Stadtumbaukonzept (2. Fortschreibung – STUK III) abgeleitete Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gebietsentwicklung. Das Konzept ist weiterhin im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen künftig besonders zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch).

Jedermann hat auf Dauer die Möglichkeit, das integrierte teilräumliche Konzept und den Erläuterungsbericht im Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder) Haus 1, 1.OG, Zimmer 1.421 während der Bürgersprechstunden einzusehen und über den Inhalt Auskunft zu verlangen.

Frankfurt (Oder), den 04.10.2007

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung**Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplans BP-04-006, „Wohnungsbaustandort Römerhügel“**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat am 01.10.2003 den Bebauungsplan BP-04-006, „Wohnungsbaustandort Römerhügel“ als Satzung beschlossen. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am 26.05.2004. Durch die 1. Änderung vom 19.10.2004 und die 2. Änderung vom 06.03.2006 wurde dieser Bebauungsplan bereits partiell geändert.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 20.09.2007 beschlossen, den Bebauungsplan BP-04-006, „Wohnungsbaustandort Römerhügel“ vom 25.05.2004 einschließlich der beiden o. g. Änderungen in den in der beiliegenden Übersichtskarte gekennzeichneten Grenzen zu ändern. Das Plangebiet der 3. Änderung des Bebauungsplans BP-04-006, „Wohnungsbaustandort Römerhügel“ wird begrenzt von der Sonnenallee im Südwesten, dem Marsweg im Norden, der Apollonstraße im Süden und der Ikarusstraße einschließlich der nordöstlich angrenzenden Baugrundstücke (WA 17.1, 18.1) im Nordosten (Siehe auch Abgrenzung des Plangebietes auf beigefügter Übersichtskarte). Mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes BP-04-006, „Wohnungsbaustandort Römerhügel“ sollen folgende Festsetzungen geändert werden: eine Reduzierung der festgesetzten Mindestzahl der Vollgeschosse von 2 auf 1 Vollgeschoss; Entfall der Festsetzung zur Mindesttraufhöhe im Bereich der Ikarusstraße; Entfall der zwingenden Festsetzung von Doppelhäusern / Hausgruppen für den Bereich der Ikarusstraße und der Sonnenallee; Streichung der Ausnahme vom Fernwärmeanschlusszwang in Bezug auf die Verwendung von Erdgas.

Es wird entsprechend den vorliegenden Voraussetzungen die Durchführung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Baugesetzbuch* angestrebt. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung mit der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch wird abgesehen. Die Auslegung des Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch wird innerhalb der nächsten 3 Monate durchgeführt.

* Baugesetzbuch (BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004, BGBl. I S. 2414 zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006, BGBl. I S. 3316)

Anlage: Übersichtskarte zur Abgrenzung des Plangebiets (siehe Seite 87)

Frankfurt (Oder), den 04.10.2007

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung**Planfeststellungsbeschluss des Landesumweltamtes Brandenburg vom 23.08.07 (Reg. Nr.: RW 1.3 – PFB– HWS – 2/2007)****Bekanntmachung****des Landesumweltamtes Brandenburg vom 28.08.07 Planfeststellung für die Rekonstruktion der Oderdeiche, Teilobjekt 18, See – und Schlaubedeich in Brieskow - Finkenheerd**

Mit Planfeststellungsbeschluss des Landesumweltamtes Brandenburg vom 23.08.07, Reg. Nr.: RW 1.3 – PFB – HWS – 2/2007, ist der Plan für die Rekonstruktion des Oderdeiches, See – und Schlaubedeich in Brieskow – Finkenheerd gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes - Wasserhaushaltsgesetz (WHG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3246), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666) festgestellt worden.

Auszug aus dem verfügbaren Teil des Planfeststellungsbeschlusses

Der aufgestellte Plan für die Rekonstruktion der Oderdeiche, Teilobjekt 18, See – und Schlaubedeich in Brieskow - Finkenheerd

wird auf Antrag des Landesumweltamtes Brandenburg, Abteilung Ökologie, Naturschutz und Wasser/ Referat Ö 5, Seeburger Chaussee 2 in 14476 Potsdam – im Folgenden Vorhabenträger (VT) genannt –

vom 01.11.2005

mit den unter A 5 aufgeführten Nebenbestimmungen dieses Beschlusses sowie mit den Auflagen der Prüfberichte Nr.: E-29/05Ö5-F vom 08.07.2005 und Nr.: E-62/05Ö5-F vom 10.11.05 und der fachlichen Stellungnahme Nr.: S-26/06Ö5-F vom 24.02.2006, Nr.: S-11/05Ö5-F vom 28.01.2005 und Nr.: S-20/07Ö5-F vom 28.02.2007 mit verbindlicher Wirkung für die Beteiligten festgestellt.

Hinweis

Der Planfeststellungsbeschluss enthält Nebenbestimmungen. In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung, die durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt wird, Klage bei dem

Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
Logenstr. 6
15230 Frankfurt (Oder)

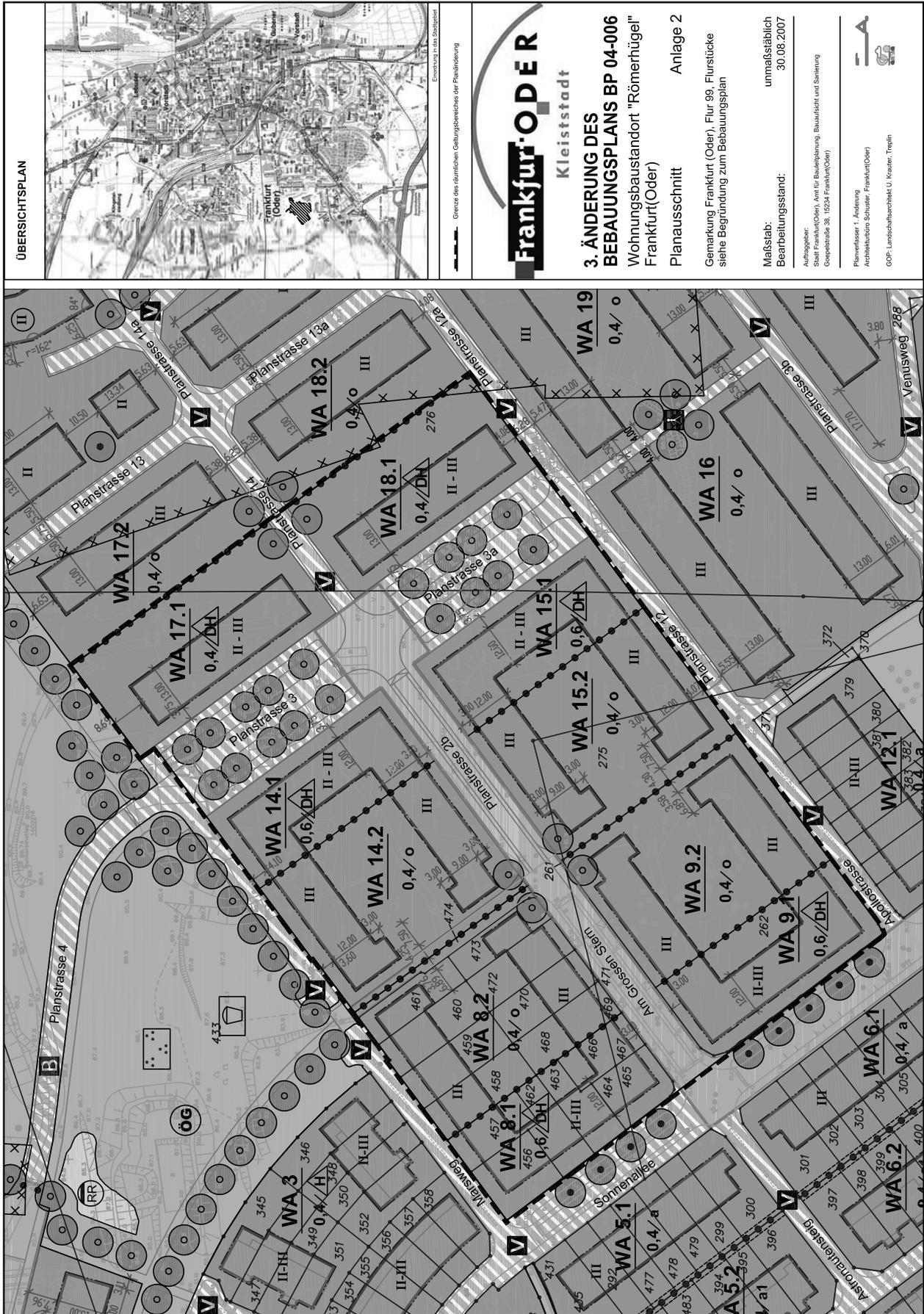
erhoben werden. Soweit nicht individuell zugestellt wurde, gilt der letzte Tag der förmlichen Auslegung als Zeitpunkt der Zustellung. Die Klageerhebung kann schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erfolgen.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage nebst Anlage sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Hinweis zur Auslegung

Der Planfeststellungsbeschluss liegt mit einer Ausfertigung des festgestellten Planes in der Zeit vom **11.10.2007 bis einschließlich 24.10.2007** in der Stadtverwaltung Frankfurt (Oder), Stadthaus, Bauamt, Zimmer 1.421, Goepelstr. 38 in 15234 Frankfurt (Oder) zur Einsicht aus. (weiter Seite 88)

Übersichtskarte zur Abgrenzung des Plangebiets (zu S. 86)



ÜBERSICHTSPLAN



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Planung
Einrichtung in das Stadtgebiet

Frankfurt ODER

Kleinstadt

3. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS BP 04-006
Wohnungsbaustandort "Römerhügel"
Frankfurt(Oder)

Planausschnitt Anlage 2

Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 99, Flurstücke
siehe Begründung zum Bebauungsplan

Maßstab: unmaßstäblich
Bearbeitungsstand: 30.08.2007

Adresse:
Stadt Frankfurt(Oder), Amt für Bauleitplanung, Bauaufsicht und Sanierung
Goppelstraße 38, 10254 Frankfurt(Oder)

Planverfasser: I. Amdung
Architekturbüro Schuster, Frankfurt(Oder)
GPO: Landschaftsarchitekt U. Krause, Tregin



Die Einsichtnahme ist zu folgenden Zeiten möglich:

Montag	9.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr
Dienstag	9.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch	9.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag	9.00 – 12.00 Uhr und 13.00 – 16.00 Uhr
Freitag	9.00 – 12.00 Uhr

Darüber hinausgehende Einsichtnahmen sind nach vorheriger Absprache mit dem Bauamt Frankfurt (Oder) möglich (Fon 0335/552 6107).

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den Betroffenen gegenüber als zugestellt, § 74 Abs. 5 Satz 3 VwVfGBbg.

Bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist kann der Planfeststellungsbeschluss von den Betroffenen beim Landesumweltamt Brandenburg, Regionalabteilung RW 1, Seeburger Chaussee 2, 14476 Potsdam schriftlich angefordert werden.

Frankfurt (Oder), den 04.10.2007

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

Die Spitthöfer und Jungemann GmbH, als mit hoheitlichen Befugnissen gem. § 53 Abs. 4 LWAnpG beliehene Stelle zur Durchführung des Bodenordnungsverfahrens Reitwein / Rathstock / Podelzig hat mit dem Teilungsbeschluss vom 02.08.2007 angeordnet:

Das mit dem Anordnungsbeschluss vom 10.06.2003 in Verbindung mit den Änderungsbeschlüssen vom 06.12.2005 und 09.07.2007 festgestellte Bodenordnungsgebiet des

Bodenordnungsverfahren Reitwein/Rathstock/Podelzig

wird gemäß § 63 Abs. 2 Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.07.1991 (BGBl. I S. 1418), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2001 (BGBl. I S. 1149) in entsprechender Anwendung von § 8 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung 16.03.1976 (BGBl. I S. 546) zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 23 des Gesetzes vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354) in nachstehend benannte Bodenordnungsgebiete geteilt:

**1. Bodenordnungsgebiet „Reitwein/Podelzig Ortslage“
(Verf.Nr.:3006 Q, Az: 23-4-6472-0847/08)**

Gemarkung:	Flurstücke:	Podelzig
Flur: 1	Flurstücke:	58 - 60, 61/1, 61/2, 62/1, 62/2, 63/1, 63/2, 64/1, 64/2, 66/1, 66/2, 67/1, 67/2, 71 - 74, 75/1, 75/2, 76/1, 76/2, 77 - 80, 81/1, 81/2, 82, 83, 85, 101, 102, 103/1, 103/2, 103/3, 103/4, 103/5, 103/6, 103/7, 103/8, 103/9, 105 - 112, 200, 202 - 205, 272 - 277, 279 - 281, 288 - 296, 298, 300
Flur: 2	Flurstücke:	3 - 17, 20 - 70, 71/1, 71/2, 72, 73/1, 73/2, 74 - 91, 94 - 97, 102, 104, 106, 108 - 113, 115/1, 115/2, 115/3, 127 - 129, 130/1, 130/2, 132/1, 132/2, 132/3, 132/4, 132/5, 132/6, 132/7, 133/1, 133/2, 133/3, 133/4, 134, 137/1, 137/2, 137/3, 137/4, 137/5, 137/6, 137/7, 137/8, 138, 140/1, 140/3, 140/4, 140/6, 140/8, 140/9, 140/10, 140/11, 140/12, 140/13, 140/14, 141, 142, 145 - 147, 148/1, 148/2, 149, 150/1, 150/2, 151, 152, 153/1, 155, 172, 349 - 351, 359, 360, 362 - 369, 371 - 376, 417 - 421, 424, 426 - 440, 443 - 445, 449, 468 - 471, 480, 483, 489 - 506, 510, 512 - 516, 518 - 522, 524, 525, 550, 552, 554 - 573, 575 - 604, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 633, 634

Flur: 3	Flurstücke:	203 - 205, 207/1, 207/2, 210, 211/1, 211/2, 212, 217, 218/1, 219, 221 - 223, 224/1, 224/2, 225 - 227, 229, 232/1, 232/2, 233/1, 233/2, 233/3, 233/4, 234/1, 234/2, 234/3, 234/4, 235/2, 235/5, 235/6, 235/7, 235/8, 235/9, 235/10, 236/1, 236/3, 236/4, 236/5, 237/1, 237/2, 239, 240/1, 240/2, 242, 243, 247, 252 - 257, 288, 290, 292, 294, 295, 307, 310 - 326, 332, 336 - 344, 348 - 369, 371, 372, 374 - 384, 386, 389, 391, 392, 395, 396
Flur: 4	Flurstücke:	1 - 28, 32, 34, 36/1, 36/2, 38 - 40, 59/1, 59/2, 60, 61, 64, 65, 84/1, 115 - 117, 122 - 125, 128 - 140, 142, 144, 147, 148, 151, 152
Flur: 5	Flurstücke:	37, 158 - 161, 165 - 174, 176, 204, 205, 211, 213
Gemarkung:		Reitwein
Flur: 1	Flurstücke:	2 - 22, 24/1, 24/2, 25, 26, 28, 29/1, 29/2, 30, 31/2, 32/1, 32/2, 32/3, 36 - 39, 42 - 55, 57, 58, 60, 70 - 86, 88 - 90, 94, 95, 97/1, 98/1, 98/2, 99/1, 99/2, 99/3, 100, 101/1, 101/2, 101/3, 101/4, 101/5, 101/6, 102/1, 103 - 107, 109, 112 - 115, 117 - 125, 126/1, 126/2, 126/3, 126/4, 127, 128/3, 128/4, 129 - 131, 132/2, 133 - 140, 141/1, 141/2, 141/3, 143, 144, 145/1, 145/2, 147 - 157, 166/1, 168 - 171, 173, 174/1, 178, 188, 189/1, 190/1, 190/2, 191, 193 - 196, 197/1, 197/2, 199 - 201, 203, 204, 206/1, 206/2, 207 - 211, 213 - 219, 221 - 237, 240 - 276, 280 - 287, 290 - 306
Flur: 2	Flurstücke:	227/3, 227/4, 295, 296
Flur: 5	Flurstücke:	13 - 15, 17, 19 - 23, 49, 50, 51/1, 51/2, 52/1, 52/2, 54 - 59, 60/1, 60/2, 61, 63 - 68, 75, 82, 83/1, 83/2, 84 - 89, 91/2, 93, 95, 97/1, 98, 100 - 102, 103/1, 103/2, 103/3, 103/4, 103/6, 103/7, 103/8, 104 - 107, 109 - 111, 112/1, 113, 114/1, 114/2, 115 - 117, 145, 155 - 158, 315/1, 411 - 416, 419 - 432, 435 - 437, 439 - 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466

**2. „Reitwein/Rathstock/Podelzig Feldlage“
(Verf.Nr. 3002 L, Az.: 23-4-6472-0847/05)**

Gemarkung:		Hathenow
Flur: 1	Flurstücke:	59 - 81, 83 - 91, 218, 223
Gemarkung:		Küstrin-Kietz
Flur: 1	Flurstücke:	839/3, 1006/4, 1006/5, 1007, 1453 - 1455, 1467, 1468
Gemarkung:		Lebus
Flur: 3	Flurstücke:	1 - 7, 8/1, 8/2, 329, 330, 481, 483
Flur: 4	Flurstücke:	7 - 57
Flur: 5	Flurstücke:	1, 3 - 11, 15 - 40, 43 - 73, 85 - 106, 113 - 117, 120 - 122, 126 - 129, 132 - 136, 176, 179, 182, 189, 190, 192 - 200, 201/1, 201/2, 202 - 284, 285/1, 288, 290, 291, 293, 302, 304, 305/1, 431 - 486, 488 - 615, 617, 619, 623 - 706, 713 - 724
Gemarkung:		Manschnow
Flur: 1	Flurstücke:	741, 742
Flur: 2	Flurstücke:	23/1, 23/2, 24 - 29, 49
Flur: 3	Flurstücke:	1/1, 1/3, 1/5, 1/6, 2/1, 2/2, 3 - 6, 80, 81, 85 - 101, 142, 143, 145, 147, 149, 151
Flur: 4	Flurstücke:	1 - 25, 26/1, 36 - 38
Gemarkung:		Neu Manschnow
Flur: 1	Flurstücke:	35, 40 - 65
Flur: 2	Flurstücke:	2 - 7, 48/1, 60/2, 61/2, 62 - 65, 72, 73, 75, 82
Gemarkung:		Podelzig
Flur: 1	Flurstücke:	87 - 100, 114 - 117, 118/1, 118/2, 121, 123 - 188, 190 - 199, 282 - 287, 297, 299, 301
Flur: 2	Flurstücke:	116 - 124, 157 - 171, 173 - 186, 188 - 193, 194/1, 195 - 208, 209/1, 209/3, 209/4, 212 - 214, 337 - 346, 348, 378 - 391, 393, 394/3, 395 - 416, 605 - 607, 615 - 617, 619, 621, 623, 625, 627, 629, 631, 632
Flur: 3	Flurstücke:	1 - 11, 78, 79/1, 79/2, 80 - 113, 114/1, 116 - 118, 119/1, 120, 122 - 156, 158 - 195, 197 - 202, 209, 220, 258 - 282, 345, 385, 387, 388, 390, 393, 394, 397
Flur: 4	Flurstücke:	33, 42 - 56, 67 - 83, 85 - 103, 106 - 110, 111/1, 111/2, 127, 141, 145, 146, 149, 150, 153, 154
Flur: 5	Flurstücke:	1 - 19, 22 - 25, 27 - 36, 38, 42 - 51, 52/1, 52/2, 53 - 56, 58 - 123, 127, 129, 139, 140, 150 - 155, 162 - 164, 177 - 203, 206 - 210, 212, 214
Flur: 6	Flurstücke:	17

Gemarkung:		Rathstock
Flur: 1	Flurstücke:	85, 87, 88, 89/1, 89/2, 89/3, 90 - 92, 93/1, 93/2, 94 - 97, 99 - 108, 109/1, 109/2, 110 - 155, 170 - 175, 195, 196
Flur: 2	Flurstücke:	29, 30/1, 30/3, 30/4, 31 - 34, 35/1, 35/2, 36/2, 36/3, 37, 38/1, 38/2, 39 - 44, 45/1, 45/2, 46/1, 46/2, 47/1, 47/2, 48/1, 48/2, 49/1, 49/2, 50 - 55, 56/1, 56/2, 201/1, 202, 203, 205 - 218, 238, 239
Flur: 3	Flurstücke:	1 - 6, 7/1, 7/2, 7/3, 8/1, 8/2, 9, 10, 11/2, 11/3, 11/4, 12, 13/2, 13/3, 13/4, 14, 15, 16/1, 16/2, 17 - 23
Gemarkung:		Reitwein
Flur: 1	Flurstücke:	159 - 165, 166/2, 175 - 177, 179 - 181, 182/1, 182/2, 183 - 187, 307
Flur: 2	Flurstücke:	115, 116/1, 118/1, 119, 120, 123 - 134, 140 - 144, 148, 150, 153/1, 153/2, 153/3, 154/1, 154/2, 155 - 157, 158/1, 158/2, 159/1, 159/2, 160/1, 160/2, 161 - 178, 180 - 195, 199/1, 200 - 202, 203/1, 203/2, 203/3, 204, 205/1, 205/2, 206, 207, 208/1, 208/2, 208/3, 210 - 214, 215/1, 217, 218, 220 - 224, 225/1, 225/2, 226, 229 - 248, 250 - 257, 258/1, 260, 262 - 278, 281 - 283, 291 - 294, 297 - 327, 354 - 377, 405 - 429
Flur: 3	Flurstücke:	1 - 51, 52/1, 52/2, 53/1, 53/2, 54/1, 54/2, 55 - 59, 60/1, 60/2, 61 - 69, 70/1, 70/2, 71/1, 71/2, 72 - 75, 76/1, 76/2, 76/3, 77, 78/1, 80, 82, 83, 84/1, 92, 93, 95, 97 - 115, 119/1, 120, 121, 123 - 130, 132 - 144, 147 - 169, 181 - 201, 205 - 213
Flur: 4	Flurstücke:	1 - 28, 31 - 44, 50 - 53
Flur: 5	Flurstücke:	1 - 8, 9/1, 9/2, 10 - 12, 24/1, 24/2, 25 - 33, 34/1, 35, 37/1, 37/2, 38 - 45, 47, 48, 69, 70, 73, 74, 76 - 78, 80, 81, 118, 120 - 138, 140 - 144, 146 - 150, 152, 153, 159, 161 - 311, 312/1, 313, 314, 316, 317, 319 - 337, 338/1, 338/2, 339/1, 339/2, 339/3, 339/4, 339/5, 340, 341/1, 341/2, 342/1, 342/2, 342/3, 343 - 356, 357/1, 357/2, 358 - 360, 361/1, 361/2, 362, 363/1, 363/2, 363/3, 364/1, 364/2, 364/3, 365 - 367, 368/1, 368/2, 369 - 374, 376 - 395, 410, 438, 451, 453, 455, 457, 459, 461, 463, 465, 467
Flur: 6	Flurstücke:	1/1, 1/2, 2, 3/1, 3/2, 4 - 37, 40, 41, 43, 44, 47, 48, 53 - 66

3. Auslage des Teilungsbeschlusses

Der vollständige Teilungsbeschluss mit Gründen und Gebietskarte liegt für die Beteiligten 2 Wochen lang an folgenden Stellen zur Einsichtnahme aus:

im Amt Golzow, Bau- und Ordnungsamt, Seelower Straße 14, 15328 Golzow

im Amt Lebus, Liegenschaftsamt, Breite Straße 1, 15326 Lebus

im Amt Seelow-Land, Bauamt, Feldstraße 3, 15306 Seelow

bei der Stadt Seelow, Liegenschaftsamt, Küstriner Straße 61, 15306 Seelow

bei der Stadt Frankfurt/Oder, Bauamt, Stadthaus, Goepelstraße 38, 15234 Frankfurt (Oder) Haus 1, Zimmer 1.421

Die Auslagefrist (2 Wochen) beginnt mit dem ersten Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses.

4. Sofortige Vollziehung

Die sofortige Vollziehung des Teilungsbeschlusses wird nach § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung vom 19.03.1991 (BGBl. 686), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21.12.2006 (BGBl. I 3316) angeordnet.

5. Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss ist innerhalb einer Frist von einem Monat der Widerspruch zulässig. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieses Beschlusses.

Der Widerspruch ist gegenüber der

**Spitthöver und Jungemann GmbH
Maxim-Gorki-Straße 6
15306 Lindendorf OT Dolgeln**

oder bei der oberen Flurbereinigungsbehörde:

**Landesamt für Verbraucherschutz,
Landwirtschaft und Flurneuordnung
Landentwicklung und Flurneuordnung
Rathausstraße 6
15517 Fürstenwalde (Spree)**

schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Der Widerspruch hat gem. § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) keine aufschiebende Wirkung.

Dolgeln, den 02.08.2007

gez. Spitthöver
R. Spitthöver

Öffentliche Bekanntmachung

des Antrages des Landesumweltamtes Brandenburg auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für gewässerkundliche Messanlagen in der Stadt Frankfurt (Oder)

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GB-BerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat das Landesumweltamt Brandenburg bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GB-BerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Landesumweltamt Brandenburg
Regionalabteilung Ost RO5
Müllroser Chaussee 50, 15236 Frankfurt (Oder)

Gewässerkundliche Messanlage: Grundwassermessstellen in der Stadt Frankfurt (Oder)

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	9	315
Frankfurt (Oder)	25	43
Frankfurt (Oder)	26	91
Frankfurt (Oder)	37	29
Frankfurt (Oder)	38	89
Frankfurt (Oder)	43	23
Frankfurt (Oder)	48	71 (alt 24)
Frankfurt (Oder)	95	13/4
Frankfurt (Oder)	107	241
Frankfurt (Oder)	107	759
Frankfurt (Oder)	130	71
Frankfurt (Oder)	150	71
Frankfurt (Oder)	150	98

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 10.10.2007 bis 07.11.2007, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 21.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 122 und 123

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
Buschmühlenweg 171, 15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage:
Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 122 und 123

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	122	24
Frankfurt (Oder)	122	25
Frankfurt (Oder)	122	27
Frankfurt (Oder)	122	29
Frankfurt (Oder)	122	56
Frankfurt (Oder)	122	58

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 10.10.2007 bis 07.11.2007, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der unteren Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 21.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Niederschlagswasser- und Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 11

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
Buschmühlenweg 171, 15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage:
Niederschlagswasser- und Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 11

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	11	9
Frankfurt (Oder)	11	15
Frankfurt (Oder)	11	16/1
Frankfurt (Oder)	11	20/1
Frankfurt (Oder)	11	30
Frankfurt (Oder)	11	40
Frankfurt (Oder)	11	41
Frankfurt (Oder)	11	44
Frankfurt (Oder)	11	45
Frankfurt (Oder)	11	46
Frankfurt (Oder)	11	51

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 10.10.2007 bis 07.11.2007, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden.

Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der unteren Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen.

Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 21.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 135 und 136

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt. Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
Buschmühlenweg 171, 15230 Frankfurt (Oder)

Wasserwirtschaftliche Anlage:
Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 135 und 136

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	135	80
Frankfurt (Oder)	135	81
Frankfurt (Oder)	135	103
Frankfurt (Oder)	135	105
Frankfurt (Oder)	135	127/3
Frankfurt (Oder)	135	158
Frankfurt (Oder)	135	217
Frankfurt (Oder)	135	241
Frankfurt (Oder)	135	269
Frankfurt (Oder)	136	40/2
Frankfurt (Oder)	136	41
Frankfurt (Oder)	136	43
Frankfurt (Oder)	136	268
Frankfurt (Oder)	136	269
Frankfurt (Oder)	136	271

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 10.10.2007 bis 07.11.2007, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden. Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen. Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 21.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

des Antrages der Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder) Flur 137

Auf der Grundlage des § 9 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GB-BerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182), zuletzt geändert durch Artikel 93 der Verordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S. 2407), in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechtsdurchführungsverordnung – SachenR-DV) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) hat die Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde -, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Durch die untere Wasserbehörde ist gemäß § 3 SachenR-DV das Bestehen einer durch das GBBerG begründeten, beschränkten persönlichen Dienstbarkeit mit dem gemäß § 4 SachenR-DV zutreffenden Inhalt entsprechend dem hier nachfolgend näher bezeichneten Antrag zu prüfen und zu bescheinigen.

Antragsteller: Frankfurter Wasser- und Abwassergesellschaft mbH
Buschmühlenweg 171, 15230 Frankfurt (Oder)
Wasserwirtschaftliche Anlage:
Trinkwasserleitungen in der Gemarkung Frankfurt (Oder), Flur 137

Betroffene Grundstücke bzw. Flurstücke:

Gemarkung	Flur	Flurstück
Frankfurt (Oder)	137	126/8
Frankfurt (Oder)	137	138
Frankfurt (Oder)	137	193
Frankfurt (Oder)	137	194
Frankfurt (Oder)	137	479

Der Antrag und die Antragsunterlagen können 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung, vom 10.10.2007 bis 07.11.2007, bei der Stadt Frankfurt (Oder), Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten – untere Wasserbehörde – Goepelstr. 38, Haus 4, Zimmer 0.04 in 15234 Frankfurt (Oder) während der Sprechzeiten eingesehen werden. Widersprüche betroffener Grundstückseigentümer sind innerhalb von 4 Wochen vom Tag der Bekanntmachung an beim Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder), schriftlich unter PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder), oder zur Niederschrift (Sitz: 15230 Frankfurt (Oder), Marktplatz 1) zweckmäßigerweise bei der untere Wasserbehörde im Amt für Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Sitz: 15234 Frankfurt (Oder) Goepelstr. 38 Haus 4, einzulegen. Bei schriftlicher Widerspruchseinlegung bleibt die Frist nur gewahrt, wenn der Widerspruch innerhalb der Frist bei der unteren Wasserbehörde eingeht.

Frankfurt (Oder), den 21.09.2007

Patzelt
Oberbürgermeister

8. Öffentliche Sitzung

der Regionalversammlung in der 4. Amtszeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree

Bekanntmachung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree vom 10.10.2007

Die 8. Öffentliche Sitzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree findet am 05.11.2007, 14:00 - 17:00 Uhr in Frankfurt (Oder), Rathaus, Marktplatz 1, 2. Etage, Stadtverordnetenversammlungssaal statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung der Regionalversammlung
2. Feststellung der Protokollführung
3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
4. Bestätigung der Tagesordnung
5. Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung der Regionalversammlung vom 16.04.2007
6. Neuordnung der Gemeinsamen Landesplanung in Berlin und Brandenburg
- 6.1 Sachstandsbericht/Information über den Dialogprozess zu künftigen regionalplanerischen Handlungsansätzen
BE: Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
- 6.2 Beschluss Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg (LEP B-B)
BE: Herr Rietzel, Leiter Regionale Planungsstelle
7. Beschluss Arbeitsprogramm/Terminplan 2008
BE: Herr Rietzel, Leiter Regionale Planungsstelle
8. Haushalts- und Wirtschaftsführung
- 8.1 Abnahme der Jahresrechnung 2006
Beschluss zur Entlastung des Regionalvorstandes und des Vorsitzenden
- 8.2 Festlegung Rechnungsprüfungsamt für die Haushalts- und Wirtschaftsprüfung 2007
- 8.3 Beschluss Haushaltssatzung und -plan 2008
BE: Frau Lenz, Regionale Planungsstelle
9. Bericht zur Fortschreibung des Integrierten Regionalplanes Oderland-Spree einschließlich der durchzuführenden Strategischen Umweltprüfung (SUP)
BE: Herr Rietzel, Leiter Regionale Planungsstelle
10. Bericht zur Arbeit am Integrierten Verkehrskonzept der Region Oderland-Spree
BE: Herr Rump, Regionale Planungsstelle
11. Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung
BE: Herr Stoll, Ref.-Leiter GL 6
12. Sonstiges
13. Schließung der Sitzung

Martin Patzelt
1. Stellv. Vorsitzender

Öffentliches Auslegungsverfahren**zum geplanten Schutzwald „Wacholderhänge Lossow“****Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz vom 14. September 2007**

Der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg beabsichtigt, das Gebiet „Wacholderhänge Lossow“ in einem förmlichen Verfahren gemäß Waldschutzgebietsverfahrensverordnung vom 18. Januar 2005 (GVBl. II S. 90) in Verbindung mit § 12 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I S. 137), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2007 (GVBl. I S. 106, 108) durch den Erlass einer Rechtsverordnung als geschütztes Waldgebiet festzusetzen.

Das geplante geschützte Waldgebiet liegt im Gebiet der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder). Von der geplanten Unterschutzstellung werden die folgenden Flächen ganz oder teilweise betroffen:

Gemeinde/Gemarkung: Flur: Flurstücke:

Stadt Frankfurt (Oder)	130	72/3, 73/3, 74/3, 75/3, 86, 93, 96, 97, 186.
------------------------	-----	--

Der Entwurf der Verordnung und die dazu gehörenden Karten werden im Zeitraum vom 1. November 2007 bis einschließlich 30. November 2007 bei folgenden Stellen während der üblichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt:

Stadt Frankfurt (Oder)	Amt für Forstwirtschaft Müllrose
Untere Naturschutzbehörde	Untere Forstbehörde
Goepelstraße 38	Bahnhofstraße 57
15234 Frankfurt (Oder)	15299 Müllrose.

Während der Auslegungsfrist können nach § 1 Abs. 5 Satz 2 der Waldschutzgebietsverfahrensordnung von jedem Betroffenen Bedenken und Anregungen zum Entwurf der Verordnung schriftlich oder zur Niederschrift bei den obigen Auslegungsstellen vorgebracht werden. Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen müssen den Namen, den Vornamen und die genaue Anschrift der Person enthalten. Bedenken und Anregungen, die sich auf Grundstücke beziehen, sollen Gemarkung, Flur und Flurstück der betroffenen Fläche enthalten.

Diese Bekanntmachung und im Auslegungszeitraum der Entwurf der Verordnung zum Schutzwald „Wacholderhänge Lossow“ können auch wie folgt im Internet eingesehen werden: http://www.ml.uv.brandenburg.de/media.php/2318/wsg_walo.pdf

Öffentliche Bekanntmachung**über Gewerbeabmeldungen von Amts wegen gemäß § 14 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 3 Gewerbeordnung**

Im I. Halbjahr 2007 (vom 01.01.2007 bis 30.06.2007) wurden bisher Gewerbeabmeldungen nachfolgend aufgeführter natürlicher und juristischer Personen von Amts wegen vorgenommen:

1. Natürliche Personen

Medenecki, Dariusz
Stegenta, Jacek
Kedzierski, Damian
Oblakowski, Mirosław
Dobrowolski, Tomasz
Przyloga, Krzysztof
Mazur, Robert
Schmolke, Tobias
Petrick, Frank
Kedzierski, Przemysław
Oldenburg, Jörg
Tederahn, Andreas
Vogt, Joachim
Haase, Ralf Gunter
Kühn, Tino
Diewald, Klaus-Peter

2. Juristische Personen

SASS Wohnbau GmbH i. G.
Stüdemann Personal Service GmbH Berlin
John Glet GmbH
John Glet Arbeitssicherheit GmbH
GWS Security Consult Verwaltungs-GmbH

Martin Patzelt
Oberbürgermeister

Bekanntmachung**gemäß § 8 der Satzung der Sparkasse Oder-Spree**

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree hat in seiner Sitzung am 5. Juni 2007 den Jahresabschluss der Sparkasse Oder-Spree per 31. Dezember 2006 gemäß § 8 Absatz 2 Satz 7 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 Brandenburgisches Sparkassengesetz in der Fassung vom 10. Juli 2002 festgestellt, den Lagebericht gebilligt, über die Verwendung des Bilanzgewinnes entschieden sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse Oder-Spree entlastet.

Der vollständige Wortlaut des Jahresabschlusses wurde im Elektronischen Bundesanzeiger unter www.ebundesanzeiger.de, Rubrik und Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte, am 19. Juli 2007 veröffentlicht.

Der Jahresabschluss der Sparkasse Oder-Spree per 31. Dezember 2006 kann in der Hauptgeschäftsstelle der Sparkasse Oder-Spree, Franz-Mehring-Straße 22, 15230 Frankfurt (Oder), eingesehen werden.

ENDE DES AMTLICHEN TEILS